

Quelle:

<http://www.westfalenpost.de/wp/wp.menden.volltext.php?kennung=on2wpLOKStaMenden39236&zulieferer=wp&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Menden&auftritt=WP&dbserver=1>

Bündnis für Familie fürchtet Qualitätsverlust

Menden. (pia) Das geplante neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für NRW sorgt beim Bündnis für Familie und der GAL in Menden weiter für Unruhe. Beide haben eine Resolution zur Änderung des Gesetzentwurfes formuliert. Der Rat wird sich am 12. Juni mit der Resolution befassen, die der Kinder- und Jugendhilfeausschuss einen Tag später am 13. Juni noch einmal ausführlich diskutieren wird.

Besonders dramatisch empfinden die Antragsteller die gesetzliche Regelung zur Gruppenstärke bei der Kinderbetreuung. Fehlt ein Kind in einer Gruppe, so werden auch die Landesmittel gekürzt. Das könnte Gruppenschließungen zur Folge haben, heißt es in der Resolution. Gleichzeitig gebe es keine Höchstgrenze. Es bestehe die Möglichkeit, "eine zusätzliche Anzahl von Kindern in die Gruppen aufzunehmen, jedoch mit gleich bleibendem Personalstandard". Die Antragsteller fürchten einen Qualitätsverlust bei der Kinderbetreuung. Weiterhin fordern das Bündnis für Familie und die GAL, dass Elternbeiträge einheitlich durch das Land festgelegt werden und die Sprachförderung grundsätzlich auch bei unter Vierjährigen greift.

Der Antrag des Familienbündnisses war in der Ratssitzung Anfang Mai auf die nächste Sitzung am 12. Juni vertagt worden. Der Grund: Die Verwaltung sollte die finanziellen Auswirkungen für die Stadt durch die Veränderungen im KiBiz darstellen. Bislang seien jedoch noch keine seriösen, fundierten Aussagen über die finanzielle Mehrbelastung möglich, da die Kosten von mehreren Faktoren abhängig seien. Geht man von einer Mitteleinschätzung aus, ergibt sich eine Mehrbelastung von 405 000 Euro pro Jahr für die Hönnestadt.

05.06.2007